

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 20341
Für Nachdruck: Nr. 20011
Schriftleitung u. Druckerei: Dresden
Königsplatz 1, Wartenbergstr. 20/21

Verlagsgesellschaft bei beschränkter Haftung, monatelich 2.000 Mk. (einmal jährlich 70 Mk. für Erwerb-
scheine), durch Verlegung 2.000 Mk. einm. jährlich 60 Mk. Verlagsstelle (jetzt Verlagsgesellschaft) bei 7 mal
wöchentlichem Druck. Drucknummer 10 Mk., außerdem 10 Mk. für Nachdruck. Die
einmalige 20 mm breite Seite 25 Mk., für zweifache 40 Mk., für 30 mm breite Seiten 300 Mk.,
außerdem 200 Mk. für Anzeigenblätter u. Karten, Familienanzeigen u. dergleichen. Die
10 Mk., außerdem 10 Mk. Offizierspreise 10 Mk. Kalkulationen werden gegen Vorzahlung.

Verlag u. Verlagsstelle: Dresden & Weidach,
Dresden, Weidach-Platz, 1000 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Markt.) 20011. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Bersärfester Streit um die Verfassung Erklärung und Gegenerklärung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. September. Der Tag nach der Reichstags-
auflösung stand im Zeichen eines verfassungspoliti-
schen Kleinrieges, in dem sich Reichstagspräsident
und Reichstagsausschüsse auf der einen Seite und Reichs-
präsident und Reichsregierung auf der anderen Seite
wechselseitig den Vorwurf der Verfassungsbrüche
machten. Zwar spielten sich diese Vorgänge nur im Wechsel
von mehreren Parteien ab, deren Abfallung zum Teil
aber bereits symptomatisch für den Ernst der Lage war. Es
liegen sogar bestimmte Anhaltspunkte für die Auffassung
vor, daß insbesondere das Zentrum im französischen Zwie-
spalt in der nationalen Bewegung zu einer Staatskrise
weiteranzutreiben im Begriff ist, die nach dem Wunsch des
Zentrums in einer Reichspräsidentenkrise gipfeln
soll. Es sind nämlich Äußerungen prominenter Zentrum-
leute bekannt geworden, aus denen zu entnehmen ist, daß
man den Reichspräsidenten v. Hindenburg durch die heute
eingeschlagenen Methoden in einen derartigen inneren
Zwiespalt hineinzutreiben beabsichtigt, daß der General-
schleimhaft, angewandt von dieser gefassten Entwicklung,
lieber freiwillig von seinem Posten scheidet. Die Offenheit,
mit der das Zentrum seinen Wunsch nach der Wiederher-
stellung des parlamentarischen Parteiensystems verfolgt, in dem
es die verlorengegangene Schlüsselstellung zurückerobern
hofft, dürfte inzwischen in der Wilhelmstraße bereits er-
kannt worden sein.

Es wird verifiziert, daß diese Erkenntnis nur zu einem
weiteren und tieferen Zusammenrücken des Reichs-
kabinetts und des Reichspräsidenten geführt habe.

Man nimmt in politischen Kreisen an, daß der Reichs-
präsident solchen Bestrebungen energisch Widerstand
leisten wird und daß seine Persönlichkeit die Gewähr dafür
bietet, daß diese Absichten scheitern. Immerhin scheint
es an der Zeit, von diesen Hintergründen etwas offen zu
sprechen, damit sich die gesamte Öffentlichkeit darüber
Rechnenschaft geben kann, was eine in einer Präsidentschafts-
krise gipfeln-
de Staatskrise bei dem heutigen Zustand der
deutschen innerpolitischen Verhältnisse und der deutschen
Wirtschaft für Folgen nach sich ziehen könnte.

Im einzelnen handelt es sich bei dem jetzt anstehenden
Verfassungsstreit um vier Streitpunkte.

Einmal ist die Frage aufgeworfen, ob der Reichstag über-
haupt aufgelöst sei. Diese Frage ist inzwischen auch
vom Reichstagspräsidenten Göring selbst und vom Ueber-
wachungsausschuss bejaht worden. Zum zweiten handelt
es sich um die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Re-
sultate des aufgelösten Reichstages erlöschen sind. Dieser Streit
ist noch nicht ausgetragen. Reichstagspräsident
Göring und der Ueberwachungsausschuss haben auf dem
Standpunkt, daß die Auflösung erst nach den entscheidenden
Abstimmungen wirksam geworden sei, während der Reichs-
präsident und die Reichsregierung sich nicht von der Auf-
lösung abbringen lassen, daß die Auflösung spätestens mit
der Zustellung der Auflösungsurkunde an den Reichs-
tagspräsidenten, also noch vor der Abstimmung, Rechts-
gültigkeit erlangt. Im engeren Zusammenhang mit dieser
Frage steht der weitere Streitpunkt, ob die Abstim-
mung über die Aufhebung der Notverordnung und das Miß-
trauensvotum gegen die Reichsregierung zu Recht be-
zogen sind und daß ebensolche neue Bestimmungen heraus-
zubringen sind, an deren Bearbeitung bekanntlich die Ein-
der weitgehend beteiligt sind. An der nötigen Energie, das
in Angriff genommene Reformwerk schnell zu Ende zu
bringen, das

aus dem bisherigen Rundfunk einen absolut und
bewußt deutschen Rundfunk

machen wolle, werde es nicht fehlen. Ueber Einzelheiten
konnte Dr. Scholz, da die Arbeiten eben noch in vollem
Gange sind, keine näheren Mitteilungen machen. Er ver-
weist zur Kennzeichnung des Geistes, von dem man bei
diesen Arbeiten befehle ist, auf die im Einvernehmen mit den
Vänderregierungen aufgestellten Vorkläre, insbesondere
darauf, daß man im Rundfunk keine Parteipolitik
zulassen werde, was auch in den in der Ausarbeitung be-

in Abrede stellen. Der vierte Streitpunkt liegt in der
Frage, ob die Begründung der Auflösungsorder ver-
fassungsmäßig ausreichend sei. Im Ueberwachungsausschuss
ist dies bestritten worden, während der Reichstagspräsi-
dent Göring seinen Widerspruch anfangs ausgab, am Dienst-
abend aber in einem zweiten Schreiben an den Reichspräsi-
denten erneut aufrecht erhielt. Daneben läuft noch der
Streit wegen der Belegung der Mitglieder der Reichsregie-
rung, vor den beiden parlamentarischen Aus-
schüssen zu erscheinen und dort Rede und Antwort zu
geben. Ueberwachungsausschuss und Aufsichtlicher Ausschuss,
die neben dem Reichstagspräsidenten übrig gebliebenen pa-
rlamentarischen Körperschaften des aufgelösten Reichstags,
stehen auf dem Standpunkt, daß es einen Verfassungs-
bruch darstellt, wenn die Minister sich weigern, vor ihnen
zu erscheinen.

Sie behaupten, daß auf Grund der Verfassung dies
Erstehen bedingungslos zu erfolgen habe,

während Reichsregierung und Reichspräsident den Stand-
punkt einnehmen, daß vorher der Reichstagspräsident
Göring sein erstes an den Reichstagspräsidenten gerichtetes Schreiben
vollständig zurücknehmen müsse und außerdem ein
Reichstagsaustritt, der der Auflösung ist, daß sich die
Reichsregierung im Zustande der Demission befindet,
nicht auf das Erscheinen von Ministern verlangen könne,
die nach Auflösung dieser Ausschüsse durch Nichterwählung
gekürzt worden seien. Die Reichstagsausschüsse haben
sich nach langandauernden Beratungen zunächst ver-
weigert, weiter zu verhandeln, wie die Regierung sich zu ihren
Schritten verhält. Schon heute haben sie, wenn auch noch
nicht in offiziellen Verhandlungen, damit gedroht, daß sie
von dem Reichstag als Untersuchungsausschüsse
mit gerichtlichem Untersuchungsvorverfahren
zu etablieren, Gebrauch machen würden.

Weshalb dies, dann ist der Verfassungsstreit auf
die Spitze getrieben, dann gibt es kein Zurück mehr,
und der Streit um die Verfassung muß sodann mit
politischen Mitteln ausgetragen werden.

Während heute noch jede der beiden Parteien bestritt ist,
sich wenigstens auf Sinn oder Fortschritt der Verfassungs-
artikel zu berufen, würde dann dieses Kapitel abgeschlossen
sein und auf politischen Entscheidungen eine neue Phase
der Staatsführung gefunden werden müssen. Ueber
den Ernst einer solchen Lage befragt es wohl keinen weiteren
Hinweis.

Die Reichsregierung ist nach wie vor entschlossen, den
Hoden der Verfassung nicht zu verlassen. Das Schreiben
des Reichspräsidenten und die nachfolgend wiederergebene
amtliche Verlautbarung lassen darüber keinen Zweifel.
Wenn sich aber die Konstellation, wie sie sich heute darstellt,
weiter verschärfen, ist der Zeitpunkt abzuwarten, wo die
Staatsführung sich auf eigene Rechnung eine Basis wird
suchen müssen. Da ein solcher Akt zweifellos von neuen
Erklärungen begleitet sein würde, kann nur der Hoffnung
Ausdruck gegeben werden, daß die Bewahrung der Fronten,
in deren Zeichen gerade das nationale Deutschland heute
steht, doch noch in letzter Stunde erkannt und überwandern
wird.

Der Ueberwachungsausschuss des Reichstages ist für
Mittwoch nachmittags 4 Uhr zu einer weiteren Sitzung ein-
berufen worden, in der Stellung zu den Antworten des
Reichspräsidenten und dem übrigen Briefwechsel genommen
werden soll.

Frankreichs Antwort

Witten in unsere schwere innerpolitische Krise plagt die
Antwortnote Frankreichs auf unsere Anfrage, wie es sich
zu den deutschen Forderungen auf Gleichberechtigung mit
allen anderen Nationen stellt. Es war vorzusehen, daß
der französische Ministerpräsident unter Aufnahme juristi-
scher Klauseln die Forderungen Deutschlands ablehnen
werde. Wenn trotzdem sich Deutschland direkt an Frankreich
gewandt hatte, so geschah es lediglich deshalb, weil die
übrigen Staaten wünschten, Deutschland solle sich vorher
mit seinem Hauptgegner aussprechen, ehe es den endgültigen
Entscheidungen der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Deutsch-
land hatte keinen Grund, einer solchen Aussprache auszu-
weichen, die nur klärend hinsichtlich der wahren Absichten
Frankreichs wirken konnte. So ergebnislos und unglücklich
diese Aussprache war, so hat sie doch recht interessante
Schlaglichter auf das diplomatische Spiel Perriots ge-
worfen, das sich immer schlechter mit den eifrigen Friedens-
betreuerungen und der angeblichen Abrüstungsbereitschaft
Frankreichs in Einklang bringen läßt. Der Passifist Per-
riot war — das merkt man dem Titel seiner Note deutlich
an — noch nie so in Verlegenheit, wie bei der Ablehnung
der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung. Er hat
zwei Seiten gebraucht, um die nackte Machtförderung
Frankreichs wenigstens nordwärts zu verfrachten. Trotzdem
muß die europäische Öffentlichkeit, soweit sie sehen will,
erneut erkennen, daß es Frankreichs traditionelle Politik
bleiben wird, seine Vorherrschaft in Europa durch die
dauernde Niederhaltung Deutschlands aufrechtzuerhalten.
Die Dege, die die französische Presse in den letzten Tagen
entfaltete, und die Indiskretionen, die man gleich zu Be-
ginn der Unterredungen beging, sind ein Zeichen dafür,
wie schlecht das französische Gewissen ist. Diese Auslegung
wurde dadurch gesteigert, daß die laubere Volk und mah-
volle und eindringliche Sprache, in der die deutschen
Schriftstücke abgefaßt waren, ihren Eindruck auf die euro-
päische Öffentlichkeit nicht verfehlt haben. Man hat in
Paris mit einem heimlichen Grauen beobachtet, daß der
italienische Regierungschef, Mussolini, in eigener Ver-
son mit größter Deutlichkeit für die Forderungen Deutsch-
lands auf Gleichberechtigung als eine Selbstverständlich-
keit eingetreten ist. Der italienische Staatsmann hat sich
kein Blatt vor den Mund genommen und gerade das aus-
gesprochen, was man in Frankreich so peinlich empfindet,
nämlich, daß Uebersprache und Rechtfertigung der deutschen
Forderungen in dem Verlagen der Abrüstungs-
konferenz liegen, die darauf hinarbeitet, den Zustand des
zweiteilten Rechts zwischen Deutschland und den anderen
Staaten aufrechtzuerhalten. Er hat Frankreich darauf hin-
gewiesen, daß das Ausweichen Deutschlands bei einer un-
befriedigenden Antwort den endgültigen Verfall
der Abrüstungskonferenz bedeuten würde. Das könnte ja
Frankreich noch verschmerzen, zumal es dann um Mittel
und Wege nicht verlegen wäre, von seiner Schuld abzu-
lassen und Deutschland als dasjenige Land hinauszulassen,
das die Konferenz gesprengt habe. Wichtigler für Frank-
reich aber ist, daß Deutschland dann auch dem Völker-
bund den Rücken kehren könnte. Das aber würde die
Verkörnung dieses willkommenen Instruments des
Siegerwillens von Versailles bedeuten, auf dem Frankreich
so weitherhaft zugunsten seiner Hegemoniebestrebungen ge-
spielt hat. Denn durch die Vorbehalte, an die Italien sein
Weiterverbleiben im Völkerbund knüpfte, und durch das
drückende Einwirken Japans über die Genfer Beschlüsse ist
der Völkerbund so schwer kompromittiert, daß er einen wei-
teren Prestigeverlust nicht mehr überdauern könnte.

Aber nicht nur in Italien, auch in England, Amerika
und in den neutralen Staaten haben die Ansprüche Deutsch-
lands, jetzt endlich als gleichberechtigte Nation anerkannt
zu werden, ein Echo gefunden, dessen Freundlichkeit in
Frankreich sehr peinlich gewirkt hat. Die maßvolle Haltung
der deutschen Außenpolitik, die immer wieder betonte, daß
wir mit der Anerkennung der Gleichberechtigung keine
Ansprüche, sondern lediglich eine gerechte und gleich-
mäßige Abrüstung aller Staaten verfolgen, hat ihren
Eindruck nicht verfehlt. So kam es für uns nur noch dar-
auf an, Frankreich zum Sprechen zu zwingen, damit es
einmal klipp und klar sage, wie es sich zu so selbstver-
ständlichen Forderungen Deutschlands stelle. Das war nicht
leicht. Und bis sich Frankreich zu seiner Note verband, hat
es wirklich alle diplomatischen Nerven strapaziert, um
Rundbesonnenen zu gewinnen, die die Mitverantwortung
einer Ablehnung des deutschen Standpunktes tragen
würden. Er hat sich vor allem an England gewandt und
erklärt, daß es nur zusammen mit den Hauptinteressen
am Lausanner Vertrauensabkommen eine Antwort erteilen
könne. Zweimal mußte ein Vertrauensmann Perriots
nach London fahren, um die dortige Regierung und die
Presse im Sinne Frankreichs zu bearbeiten. Aber die
Londoner Regierung ließ trotz aller Bemühungen Perriots

Die Neuordnung des Rundfunks

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Sept. Der Reichsrundfunkkommissar Dr.
Scholz äußerte sich heute in einem Kreise von Pressever-
tretern über sachliche und persönliche Fragen, die mit der
Uebernahme des Amtes durch ihn zusammenhängen. Nach
der sachlichen Seite hin konnte Dr. Scholz lediglich betonen,
daß umfassende organisatorische Arbeiten neu zu leisten
sind und daß ebensolche neue Bestimmungen herauszu-
bringen sind, an deren Bearbeitung bekanntlich die Ein-
der weitgehend beteiligt sind. An der nötigen Energie, das
in Angriff genommene Reformwerk schnell zu Ende zu
bringen, das

aus dem bisherigen Rundfunk einen absolut und
bewußt deutschen Rundfunk

machen wolle, werde es nicht fehlen. Ueber Einzelheiten
konnte Dr. Scholz, da die Arbeiten eben noch in vollem
Gange sind, keine näheren Mitteilungen machen. Er ver-
weist zur Kennzeichnung des Geistes, von dem man bei
diesen Arbeiten befehle ist, auf die im Einvernehmen mit den
Vänderregierungen aufgestellten Vorkläre, insbesondere
darauf, daß man im Rundfunk keine Parteipolitik
zulassen werde, was auch in den in der Ausarbeitung be-
findlichen Richtlinien mit aller Schärfe zum Ausdruck
kommen werde. Sodann wies Dr. Scholz noch darauf hin,
daß die
**Ernennung der Staatskommissare durch die
Vänderregierungen**
im Benehmen mit dem Reichsinnenministerium erfolgt. Die
Initiative liegt hier bei den Vändern. Bisher seien alle von
den Vänderregierungen ernannte Staatskommissare aus-
schließlich Beamte gewesen, was aber in keiner Weise aus-
schließen solle, daß auch andere befähigte Persönlichkeiten
in diese Posten berufen werden könnten. Das beim Reichs-
innenministerium eingerichtete Rundfunkreferat werde nach
wie vor weiter bestehen. Sodann wandte sich Dr.
Scholz noch gegen verschiedene in der Presse gegen ihn
erhobene Vorwürfe. Er stellte dazu fest, daß er auch schon
früher unter leitenden Ministern aus seiner be-
wachten Reichsstellung niemals ein Wort ge-
macht habe. Er hätte jahrelang der DVP angehört und
sei dann zur NSDAP übergetreten. Die Behauptung, daß
es auf sein Verhalten zurückzuführen sei, daß Hitler bei der
Reichspräsidentenwahl nicht im Rundfunk sprechen konnte,
sei absolut unzutreffend.

Vertical list of numbers and letters on the left margin, likely a table of contents or index.